



---

## **Für einen gleichstellungspolitischen Umbruch: Machen wir der Schnecke Beine!**

Drei Faktoren bestimmen heute nach wie vor die Chancen eines Menschen in der (schweizerischen) Gesellschaft massgeblich: der sozio-ökonomische Status der Familie, das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes und das Geschlecht.

Die Turbulenzen der Corona-Krise sind nur die letzten Belege dafür, wie sehr das Geschlecht noch immer eine Determinante im menschlichen Zusammenleben ist. Frauen waren es, welche als Pflegerinnen und Ärztinnen die Hauptlast der Pandemie zu tragen hatten. Frauen waren es, deren Job z.B. in der Reinigung oder Gastronomie plötzlich verloren ging oder sie zusätzlich exponierte, weil ihre Tätigkeit nicht im Homeoffice verrichtet werden kann. Ganz zu schweigen von der Situation der Hausfrauen: Homeschooling, Pflege von kranken Verwandten, der Anstieg von häuslicher Gewalt, ...

Die Pandemie hat zwar aufgezeigt, wo Frauen benachteiligt werden und wo die neoliberale Politik der bürgerlichen Mehrheiten zu einem systematischen Versagen geführt hat. Doch bis auf etwas Applaus hier und einen Blumenstrauss für Mama da ist faktisch nichts passiert. Naja, ausser dass seit dem 25. September 2022 feststeht, dass Mama noch ein Jahr länger arbeiten darf. Die Tragik für die Frauen liegt im Umstand, dass die Gesellschaft diese Benachteiligung von Frauen heute nicht einmal zu empören scheint. Es ist unhinterfragte Normalität. Seit 1981 hat die Schweizerische Eidgenossenschaft einen Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung und trotzdem wird mit der Bremse Gas gegeben in Gleichstellungsfragen. Frauen interessieren nur, wenn es um ihre billige Arbeitskraft geht oder um den Stolz, den sie gefälligst empfinden sollen, wenn sie unbezahlte Familienarbeit leisten. Lohndiskriminierung existiert bis heute und nur weil ein Teil der Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern «erklärbar» ist, kann nicht daraus geschlossen werden, dass dieser Anteil nicht zumindest teilweise Produkt vorhandener Diskriminierungsstrukturen ist. Die Opferhilfen bei häuslicher Gewalt und die Frauenhäuser haben oft keine freien Plätze oder genügend abgesicherte Budgets, um ihre Aufgaben effizient und effektiv zu erfüllen. Zudem ist das Finanzhaushaltsrecht sowie die Art und Weise wie Wirtschaftlichkeitsrechnungen oder Wohlfahrtsmessungen konzipiert sind, zu stark auf eine patriarchal-kapitalistische Betrachtungsweise ausgelegt. Wichtige Aspekte der Wirkungsorientiertheit staatlicher Ausgaben/Investitionen werden kaum aus einem gesamthaften und sozialen Kontext betrachtet.

Die Schweiz hinkt in Gleichstellungsfragen hinterher. Gleichzeitig kommt es immer wieder zu dreisten Versuchen bürgerlicher Parteien das bereits Errungene wieder einzukassieren. Die SP Schweiz als Partei der Rechtstaatlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit darf hier nicht tatenlos verharren oder sich auf Parolen und Worthülsen beschränken. Wir müssen als Partei dringend unsere Bereitschaft zeigen, entschieden gegen bürgerliche Verzögerungstaktiken vorzugehen und den Menschen ein politischer Schild sein.

## **Die SP Schweiz setzt sich daher ein für...**

...einen Schutz der Frauen bei der anstehenden Revision der beruflichen Vorsorge und hält die bürgerliche Mehrheit in den eidgenössischen Räten verantwortlich bzgl. ihrer Beteuerungen, für die Frauen die AHV21-Reform im Rahmen der BVG-Reform zu kompensieren;

...eine konsequente Einführung von Ansätzen des Gender Budgeting in sämtlichen Aufgaben- und Finanzplänen (AFP) sowie Wirtschaftlichkeitsrechnungen zu Ausgabenbewilligungen auf Ebene der Kantone und des Bundes;

... eine Erweiterung des Leistungsauftrags des Bundesamts für Statistik, dass gender-disaggregierte Daten konsequent gesammelt und den Forschungsinstituten, den Verwaltungen und der generellen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

...die Nutzung alternativer Wohlfahrtsmasse zum BIP/BNP, welche die unbezahlte Care-Arbeit miteinschliesst;

...eine Gesellschaft, in welcher der Grundsatz "Mein Körper, meine Entscheidung" weder (re-)kriminalisiert, noch moralisch verachtet wird;

...eine Strafverfolgung, deren Grundlage (Verfahren und Rechtsnormen) und dessen Personal, nicht patriarchale Strukturen (z.B. durch Victim Blaming) reproduziert;

...eine Anpassung und Absicherung der Finanzierung von Frauenhäusern und Opferberatungsstellen;

... eine Verlängerung des Urlaubs zur Betreuung eines kranken Kindes gemäss Arbeitsgesetz. Alleinstehenden Eltern muss der Anspruch auf die doppelte Anzahl Urlaubstage gewährt werden;

...eine Ausweitung und Aufwertung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften;

...die Umwandlung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann in ein Bundesamt für Gleichstellung;

...eine inklusive und griffige Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Schweiz, welche auch den Schutz der LGBTQIA+-Community umfasst;

...einen umfassenden Schutz von Mädchen/Frauen sowie der LGBTQIA+-Community als strategisches Fokusziel in der eidgenössischen Entwicklungszusammenarbeit und Aussenpolitik

## **Zu diesem Zweck...**

...hat die sozialdemokratische Bundeshausfraktion intern Minimalforderungen und Schmerzengrenzen für die Verhandlungen zur BVG-Reform zu definieren. Werden diese Schmerzengrenzen überschritten ohne gleichwertige Kompensation bzw. die Minimalforderungen nicht erreicht, ist der Partei das Ergreifen des Referendums zu beantragen;

...beauftragt die SP Schweiz ihre Fachkommission "Wirtschaft und Finanzen" in Zusammenarbeit mit weiteren Interessierten und ausgewiesenen Fachgruppen (z.B. Wide oder EconomieFeministe) zur Erarbeitung eines Vorschlages zur Umsetzung von Gender Budgeting;

...fordert die SP Schweiz das bei Vorlagen des Parlaments neben der bürgerlichen Regulierungsfolgeabschätzung, welche die Wirtschaftsinteressen berücksichtigen soll, auch eine Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung (Gender Impact Assessment) durchzuführen ist.

...strebt die SP Schweiz an, dass die Schweiz sich mit Organisationen vernetzt und in Programmen partizipiert (wie z.B. Wellbeing Economy Governments Partnership), welche sich regelmässig über geeignete Instrumente und Massnahmen fachlich austauschen, um die Wohlfahrt von Menschen im Kontext aller Facetten ihres Lebens zu fördern, ohne sich einer neoliberalen BIP-Logik zu unterwerfen.;

...ruft die SP Schweiz alle sozialdemokratischen Schwesterparteien dazu auf sich konsequent für eine griffige Umsetzung der Istanbul Konvention in ihrem Land einzusetzen.

Die Zeit des Bittens und der Zurückhaltung ist vorbei. Die Bürgerlichen hatten 40 Jahre Zeit, um den Gleichstellungsartikel umzusetzen. Wollen wir als Sozialdemokrat:innen in gleichstellungspolitischen Fragen unser Gesicht wahren, so müssen wir nun der Schnecke Beine machen.